



Beschluss

TOP I.6

Verbesserung des Verbraucherschutzes für Bahnkunden

Berichterstattung: Bayern

Die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister setzt unter dem Vorsitz des Bundes eine Arbeitsgruppe ein, die Vorschläge zur Verbesserung des zivilrechtlichen Verbraucherschutzes für Bahnkunden und den öffentlichen Personennahverkehr erarbeiten soll. Grundlage der Beratung wird das für Juli angekündigte, von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Gutachten "Qualitätsoffensive im öffentlichen Personenverkehr - Verbraucherschutz und Kundenrechte stärken" sein. Die Finanzierbarkeit der Vorschläge wird mit den Verkehrsressorts abgestimmt werden.